

# Woffische



# Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit  
Kurzjettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postanschrift: Berlin, Postfach 1000  
Telegraphische Adressen: Ullrichsteins Berlin, Postfach 10000 Berlin 666

## Mehrheit für Haag

### Abstimmung im Young-Ausschuß / Zentrum und Bayerische Volkspartei enthalten sich / Wegen des Finanzplans

In den vereinigten Ausschüssen sind heute vormittag endlich die Abstimmungen über die Young-Vorlagen und die Liquidationsabkommen vorgenommen worden. Nach Ablehnung aller Änderungsanträge wurde der Artikel des neuen Planes mit 29 gegen 23 Stimmen bei 15 Enthaltungen angenommen. Hier den Ausschluß haben die Demokraten, Sozialdemokraten und die Deutsche Volkspartei gestimmt, dagegen die Christlich-nationalen, die Kommunisten, die Wirtschaftspartei und die Christlich-Sozialen. Stimmenthaltung übten das Zentrum und die Bayerische Volkspartei. Mit dem gleichen Abstimmungsverhältnis wurde der Rest des Young-Plans angenommen; die Liquidationsabkommen, darunter auch das deutsch-polnische, mit 29 gegen 24 Stimmen, wobei diesmal der völkerverfeindliche Abgeordnete Dr. Schöne mit der Opposition stimmte.

Der Beginn der Abstimmung gab Abg. Dr. Weening für das Zentrum folgende Erklärung ab:

„Die Zentrumspartei hat schon früher ihre Stellungnahme mehrfach dahin ausgesprochen, daß für sie die Sanierung der Notlage und damit die Sicherung unserer Finanzpolitik für die Zukunft ein integrierender Bestandteil der zur Zeit zur Aufstellung stehenden Fragen darstellten. Sie erachtet es daher, daß der Reichsantrag in Zusammenhang mit dem Sabotage Schritte zur Erreichung dieses Ziels eingeleitet hat und die Zentrumspartei hofft, daß sie bis zur dritten Lesung zu einem tragbaren Ergebnis führen werden. Bei aller Anerkennung dieser Bemühungen kann die Zentrumspartei nicht verneinen, daß im Augenblick bei der Abstimmung der Vereinigten Ausschüsse, die jetzt angeht, bei dieser Arbeit nicht zu einem gesicherten Ergebnis geführt habe. Unter diesen Umständen sieht sich die Zentrumspartei gezwungen, sich bei der politischen Abstimmung der Stimme zu enthalten. (Beifall rechts. Längere läßt! Beifall links.)“

Abg. Kellig (Bayr. V.) erklärte dann: Da wichtige politische Fragen uns nicht genügend geklärt erscheinen, wird die Bayerische Volkspartei im Augenblick der Stimme enthalten.

Seitens der Abstimmung in einem Ausschuß so harte politische Interessen heranzuziehen wie die heutige über die Young-Vorlage. Die letzte Beratung in den vereinigten Ausschüssen wäre in höchstem vier Sitzungsstagen durchzuführen gewesen, und so viele waren auch ursprünglich in Aussicht genommen. Das Zentrum war es, das die Debatte ins Unendliche gehen ließ, die Abstimmung immer mehr hinausdrückte, um Zeit zu gewinnen. Als die Beratung gestern abgeschlossen werden mußte, weil sie sich beim besten Willen nicht mehr dehnen ließ, hat das Zentrum die Vertagung der Abstimmung auf heute durchgeführt, weil es abwarten wollte, zu welchem Ergebnis das Cabinet bei der Beratung des Finanzprogramms am Donnerstag kommen würde.

Das Zentrum hatte, da gestern im Cabinet noch keine Entscheidung gefallen ist, die Möglichkeit, sich heute wieder die Vertagung der Abstimmungen zu verlangen, es verzichtete aber darauf, als die Regierung erklärte, daß die Young-Vorlagen endlich wieder zum Plenum gelangen müßten, hat aber damit Stimmenthaltung gewählt und es den anderen Koalitionspartnern überlassen, die Mehrheit für die Vorlage aufzubringen.

Durch die Erklärung des Vorsitzenden der Zentrumspartei, Abg. Dr. Weening, ist die unmittelbare Wirkung dieses Vorgehens des Zentrums absehbar. Bei der Stimmenthaltung werden eine feste Kernregierung herausgegriffen hat, kann nicht Wunder nehmen. Man fragt sich, ob es dem Zentrum wirklich nur darauf ankomme, durch diesen Bruch die Einigung und Annahme eines Finanzprogramms vor der empfindlichen Beobachtung der Young-Vorlagen zu sichern. Wäre es wesentlich darum zu tun, dann würde es genügen, wenn das Zentrum in der Schlüsselstimme sich der Stimme enthalten würde.

Es heißt es nicht an kritischen Stimmen, die meinen, daß das Zentrum sich nicht aus der Verantwortung für den Young-Plan zurückziehen sollte, um sie, wenn die Verhandlung über das Finanzprogramm nicht zustande kommen sollte, den anderen

Koalitionspartnern zu überlassen. Es ist deshalb nicht in den eigenen Frontalstimmen erzwungen worden, ob man nicht einen Gegenstand auf das Zentrum ausüben sollte, daß, daß die anderen Koalitionspartnern Stimmenthaltung proklamieren

## Grzesinski zurückgetreten

### Professor Dr. Waentig Innenminister

Der preussische Minister des Innern, Albert Grzesinski, ist von seinem Amte zurückgetreten. Innenminister Dr. Braun hat zum Nachfolger des Innenministers den bisherigen Staatspräsidenten des Preussens Grafen, Professor Dr. Waentig, ernannt. Der neue preussische Innenminister ist Mitglied des Landtages und gehört der sozialdemokratischen Fraktion an.

Die Demission des Ministers Grzesinski kam aus dem meisten seiner politischen Freunde unerwartet. Der empfindliche Aufschuß zum Ministertisch ist von ihm auch seit heute vorzeitig mitgeteilt worden. Es ist ein Zufall, daß gerade heute auf der Tagesordnung des preussischen Landtages die Abstimmung über den von den Kommunisten gegen Grzesinski eingebrachten Mißtrauensantrag steht. Man würde irren, wenn man annehmen wollte, daß Grzesinski mit seinem Mißtrauensantrag nur einer parlamentarischen Niederlage, einer erzwungenen Demission ausweichen wollte. Nach der preussischen Verfassung gilt ein Mißtrauensvotum nur dann als angenommen, wenn die Mehrheit aller gemählten (nicht etwa die Mehrheit der anwesenden und abstimmenden) Abgeordneten dafür stimmt. Dieser praktische Fall kann nicht eintreten, weil die Regierungskoalition über die absolute Mehrheit verfügt. Der Mißtrauensantrag wird jetzt nicht mehr zur Abstimmung gestellt werden können, aber es war von vornherein gewiß, daß er abgelehnt werden würde.

Es sind darüber persönliche Gründe, die Grzesinski veranlassen, noch mehr zurückzutreten, weil er die Möglichkeit seines Abgeordnetenmandates zu befechtigen. Grzesinski's Gesundheitszustand hat in der letzten Zeit sehr zu wünschen übrig gelassen; seit einigen Tagen ist er an Grippe erkrankt und konnte seinen Amt in Landtage nicht selbst vertreten. Schon vor mehreren Wochen hat Grzesinski Mißtrauensanträge geäußert; seine Parteifreunde suchten ihn von der Überredung der Demission abzuhalten, und die heute vorzeitig glaubte man auch, daß Grzesinski im Amt bleiben würde. Die persönlichen Gründe, die gegen ihn gerichtet werden, haben den Ausschlag gegeben.

Es ist ein Vorrecht der brennfähigsten Opposition, den politischen Kampf mit persönlichen Beleidigungen und Insulten zu führen. Als der frühere Oberbürger Grzesinski, der nach dem Tode des Berliner Polizeipräsidenten besetzt wurde, am 1. Mai 1925 die Leitung des Berliner Polizeipräsidenten übernahm, wurde gegen ihn sofort der Vorwurf erhoben, daß er eine zu große Dienstreue gegen habe. Derselben Deutschnationalen, die nicht daran finden, daß der Amtliche Polizeipräsident eine Fiktion von 23 Stimmen zur Verfügung habe, warfen dem republikanischen Polizeipräsidenten die 16-Stimmen-Wahlung vor. Und seit im Oktober 1926 Grzesinski als Nachfolger Severtings, Minister des Innern war, haben die persönlichen Beleidigungen nicht abgeblieben. In längster Zeit noch ist die unwahre Behauptung aufgestellt worden, daß er drei Wohnungen habe. In Wirklichkeit hatte Grzesinski nur eine Wohnung, die angeblich zweite bestand aus den repräsentativen Säulensäulen des Ministeriums, die nur bei offiziellen Empfängen benutzt wurde, und die feinsten beide Wohnungen gehörte der von ihm alleine getrennt lebenden Frau Grzesinski. Infolge Angelegenheiten des privaten Lebens, die mit der Politik nicht das geringste zu tun haben und keinen Fremden

und dadurch das Zentrum zwingen, zunächst einmal deutlich Sache zu erkennen, wie es sich bei den Vorlagen selbst stellt.

Bei aller Bewunderung für die Feinheit der Zentrumstrategie, die auf längere Zeit eingeleitet ist, meint man doch innerhalb der Koalition, daß bei grundsätzlichen Entscheidungen die Abstimmung nur durch den Inhalt der Vorlage und nicht durch taktische Rücksichten bedingt sein müßte.

Zunächst ist aber erreicht, daß der zweiten Beratung der Young-Vorlage im Reichstags-Plenum nichts mehr im Wege steht.

Die Beratung des Finanzprogramms im Cabinet wird heute nachmittag fortgesetzt; inwieweit hat man die Meinung der Frontalstimmen gehört, und wenn auch berichtet wird, daß die Deutsche Volkspartei sich wenig entgegenkommen gezeigt habe, so ist immerhin eine Festlegung durch formelle Beschlüsse vermeiden worden.

## Minister Waentig

Der neue Innenminister, der am 61. Februarabend steht, kommt aus Oberrhein. Seit 1904 war er Oberrheinischer Professor an der Universität Halle und las über Nationalökonomie. Im August 1927, nach dem Rücktritt Höpffings, wurde der damalige Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Waentig zunächst kommissarisch mit der Verwaltung des Oberpräsidiums betraut und kurz darauf zum Oberpräsidenten in Magdeburg ernannt. 1919 wurde er zum stellvertretenden als Abgeordneter in die verfassunggebende Landesversammlung gewählt, fehrte später er ununterbrochen dem Landtag an.

## Grzesinski's Brief an Braun

Grzesinski's Demissions schreiben an den Ministerpräsidenten Braun hat folgenden Wortlaut:

„Ich bin zurückgetreten, weil ich seit längerem Grippe-Erkrankung hat in ihrer Ausdehnung das eine erhebliche eigene meine Gesundheit offenbart, welche nach dem letzten meine Kräfte nur durch eine längere Erholung und ein fortwährendes Ausspannen von meiner Gesundheit wieder völlig begehoben werden kann, andererseits dauernder Gesundheitsstörungen mit Sicherheit zu erwarten steht. Die politische Lage des Landes und die großen, von mir in Angriff genommenen und kurz vor ihrem Abschluß stehenden Reformarbeiten erfordern jedoch eine volle Arbeitskraft, die ich im Augenblick leider nicht besitzen. Es kommt auch nicht in Frage, daß ich mein Amt jetzt auf längere Zeit bis zur Wiederherstellung meiner Gesundheit und vollen Arbeitskraft ohne politische Verantwortung verwalten lasse; das wäre von mir unverantwortlich geboten, und der Oberkanzler daran wäre mit unzureichend. Unter diesen Umständen lehne ich keinen anderen Ausweg ein, als mich daher zurückzutreten. Ihnen, hochverehrter Herr Ministerpräsident, ergebe ich mich mitgeteilt, daß ich gemäß Art. 56 Abs. 1 der preussischen Verfassung heute noch mein Amt niederzulegen. Ich bitte Sie, diese Angelegenheit, um Ihnen, hochverehrter Herr Ministerpräsident, und den übrigen Herren Staatsministern für das Vertrauen und die Hilfe ergehen zu danken, die Sie mir durch die Berufung und während meiner Amtsbekleidung haben zuteil werden lassen.“

„Mit dieser antwortete... Mit dieser Antwort haben Sie die Mitteilung Ihres Rücktritts zum heutigen Tage zur Kenntnis genommen. Es ist mir aufrichtiges Bedauern, Ihnen bei Ihrem Auscheiden aus dem Amte namens der Preussischen Staatsregierung für Ihre dem Amt während Ihrer Amtszeit mit Geduld, Eingabe und Entschlossenheit geleisteten Dienst herzlich dank auszusprechen. Ihre politische Begabung und harte Energie haben sich in dem von Ihnen geleiteten Ministerium, das politische und Verwaltungsaufgaben von großer in dieser Zeit arbeitssamer Zeit in sich vereint, voll ausgereicht und damit Wertvollsten für die Festigung unseres republikanischen Staatswesens geschaffen. Für Ihre künftige Zusammenarbeit besonderen Dank. Ich wünsche, daß es Ihnen vergönnt sein möchte, Ihre Kraft wieder bald zu überwinden, damit Sie Ihre volle Kraft wieder in den Dienst des Landes stellen können.“